



Pressemitteilung

9. April 2024

BVMB fordert „Reform statt Reförmchen“ in Sachen Rente

Bauwirtschaft verlangt flexible Rentenmodelle und eine Politik mit Weitsicht

„Wir brauchen kein Reförmchen, wir brauchen eine echte Reform“, fordert Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) ein weitsichtigeres Umdenken bei der Rentenpolitik. Er kritisiert damit das aktuell beschlossene „Rentenpaket II“, mit dem die Bundesregierung eine Reform und Modernisierung des umlagefinanzierten Rentensystems angestoßen hat. „Das selbsterklärte Ziel der Ampelkoalition, den Beschäftigten von heute auch morgen eine stabile Rente zu gewährleisten, ist damit nicht zu erreichen“, prophezeit Gilka. Der demografische Wandel nehme derart Fahrt auf, dass dafür weiterreichende Maßnahmen nötig seien. Speziell aus Sicht der Bauwirtschaft sind deshalb laut BVMB differenziertere Rentenmodelle nötig. „Es kann weder sein, dass zum Beispiel ein fitter Kalkulator zu einem Stichtag ohne Not in Rente gehen muss, noch, dass ein 70-jähriger Bauarbeiter noch auf dem Gerüst rumturnen muss“, ruft Gilka nach einer „vorausschauenden politischen Linie, die nicht nur bis zum Ende der jeweiligen Legislaturperiode reichen darf“. Die aktuelle Strategie, die Belastungen für die jüngeren Generationen und die Bundeszuschüsse immer noch mehr zu steigern, hält er für verfehlt. Das führe zwangsweise zu einem Zielkonflikt mit den notwendigen Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz.

Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bei demografischer Alterung unrealistisch

Zwei „Haltelinien“ hat die Politik eingeführt – mit einer davon soll das Rentenniveau bis 2025 bei 48 Prozent stabilisiert werden. Mit der zweiten soll verhindert werden, dass der Beitragssatz bis dahin über 20 Prozent steigt. „Das kann doch so nicht funktionieren“, rechnet BVMB-Hauptgeschäftsführer Michael Gilka nach. Das Rentenniveau werde „definitiv zurückgehen“, verweist er auch auf mehrere Studien. Mit der Niveauschutzklausel ändere sich nichts an der Realität der Rentenlücke. „Die Lücke kann nur durch einen immer weiter steigenden Zuschuss aus dem Bundeshaushalt gestopft werden, und das wiederum behindert Investitionen und bindet Geld, das beispielsweise bei Bauprojekten im Bereich der Infrastruktur wieder fehlt.“ „Maß halten“, lautet insoweit für die BVMB die Devise. „Maximalforderungen bringen niemanden etwas“ bringt es Michael Gilka auf den Punkt und wirbt für Kompromisslösungen an den verschiedenen Stellschrauben.



Das Rentenalter könnte man beispielsweise dynamisieren und eine spätere Rente für alle, die gerne weiterarbeiten wollen, steuerlich attraktiver gestalten. Ebenfalls ist eine Stärkung der Rente durch geeignete Instrumente zur betrieblichen Altersvorsorge, die dafür ebenfalls attraktiver gestaltet werden müssen, diskussionswürdig.

Weiterarbeiten muss sich lohnen – ein „atmendes“ Renteneintrittsalter wäre die Lösung

Aus Sicht der Bauwirtschaft hält BVMB-Hauptgeschäftsführer Gilka insbesondere einen flexiblen Umgang mit dem Renteneintritt für wichtig. „Wir leiden massiv unter dem Fachkräftemangel und verlieren durch ein zu starres Verrentungssystem zusätzlich Fachleute, die noch weiterarbeiten könnten und wollten“, beschreibt er das Problem am Bau. Konkret bedeute das, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrer Erfahrung dem Arbeitsmarkt und damit ihren Arbeitgebern weiter zur Verfügung stehen und nicht zwangsweise durch eine starre Regelaltersgrenze und mit steuerlichen Nachteilen in Rente geschickt werden – also ein „atmendes Rentenalter“. „Die mittelständische Bauwirtschaft ist in Zeiten des Fachkräftemangels auf das Praxiswissen dringend angewiesen, das unsere Leute im Laufe des Berufslebens erlangt haben und das sie den jüngeren Arbeitnehmenden weitergeben können.“ Diesen Effekt können man dadurch erreichen, dass die „Best Ager“ möglichst attraktive Modelle bekommen, beispielsweise in Altersteilzeit weiterzuarbeiten, ohne steuerliche Nachteile zu erleiden. „Diejenigen, die weiterarbeiten können und wollen, sollten dann im Ergebnis auch eine Anrechnung der geleisteten Zeit, zum Beispiel 2:1 auf ihre Rente ermöglicht bekommen. Körperlich schwer arbeitende Menschen können das nicht leisten und sind von Beginn an einmal mehr auf eine auskömmliche Rente angewiesen“, erklärt Gilka. Eine Tätigkeit über die Rentenaltersgrenze hinaus würde nicht nur den Fachkräftemangel bekämpfen, sondern auch zu einer Entlastung des Rentensystems führen.

Zustand des Rentensystems ehrlich diskutieren

Vom sogenannten „Generationenkapital“, das als dauerhaft bestehender Kapitalstock durch Anlageinvestitionen am Kapitalmarkt eine Entlastung des Beitragssatzes ermöglichen soll, hält der BVMB-Vertreter viel. „Wir sollten uns aber an den skandinavischen Ländern wie z. B. Schweden orientieren“, meint Gilka mit Blick auf einige Anpassungen für Deutschland. Mit der sog. Prämienrente, die der zweite Teil eines beitragsfinanzierten Mischsystems ist, hat Schweden ein Rentensystem geschaffen, welches den Versicherten aus einem Pool von etwa 200 behördlich zugelassenen Fonds bis zu fünf auswählen lässt. Erfolgt keine individuelle Auswahl durch den Versicherten, wird diese durch eine Entscheidung zugunsten eines Standardfonds getroffen. Die dort gemachten Erfahrungen sollte man in Deutschland in die rentenpolitische Diskussion einfließen lassen, wie es zuletzt die CDU und SPD in Hessen gefordert haben.



Den bereits die Riester-Rente hat hohe Kosten bei niedrigen Renditen verursacht und war wahrlich kein Erfolgsmodell. Es gebe jetzt bereits deutlich mehr Rentnerinnen und Rentner und immer weniger Beitragszahlende. Damit sei ein höherer Beitragssatz und ein trotzdem sinkendes Rentenniveau programmiert. Der Fachkräftemangel komme noch hinzu. „Es ist also an der Zeit, ehrlich um den Zustand des Rentensystems zu diskutieren, mutige Reformen anzustoßen und umfassende Anpassungen am Rentenmechanismus vorzunehmen“, bringt es Gilka auf den Punkt.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.